

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Abdruckrechte für die Anzeigen sind vorbehalten. — Die Anzeigen sind zu bezahlen. — Die Anzeigen sind zu bezahlen. — Die Anzeigen sind zu bezahlen.

Telegramme: Kogebiall Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 87

Donnerstag, den 15. April 1926

21. Jahrgang

Die Sowjet-Union sagt dem Völkerbund ab.

„Keine Tagung auf dem Boden der Schweiz!“

Moskau, 13. April. Das Außenministerium veröffentlicht heute die Note an den Völkerbund, in der es die Beteiligung Russlands an der Genfer Konferenz zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz mit der bekannten Begründung ablehnt, daß Russland sich an keiner Konferenz auf schweizerischem Boden beteiligen könne.

So lange der Fall Borowski nicht erledigt ist.

(Borowski wurde bekanntlich von einem Russlandschweizer in Lausanne erschossen. Die Schweizerischen Geschworenen sprachen den Mörder frei. D. Red.) Tschitscherin macht den Gegenvorschlag, eine Spezialkommission außerhalb der Schweiz zusammenzutreten zu lassen. Die Note spricht sarkastisch von der „Intrigenatmosphäre in Genf“

und erklärt, die letzte Völkerbundsitzung habe erwiesen, daß Genf keinen besonders günstigen Boden biete zur Lösung internationaler Fragen im Geiste des Friedens, der Uneigennützigkeit und gegenseitigen Konfessionsbreitheit. Weiter wird erklärt, angesichts des wohlbekannten Standpunktes Russlands, an tel-

ner Konferenz auf schweizerischem Boden teilzunehmen, liegt die Annahme nahe, daß die Hartnäckigkeit, mit der der Völkerbund auf der Wahl Genfs bestesse, auf

die Absicht, eine wirkliche Abrüstung zu sabotieren, zurückzuführen sei. Denn das Fernbleiben der Sowjetregierung werde manchen Mächten den Vorwand bieten, selbst die Abrüstung zu verzögern. Man könne zu dem Schlusse kommen, daß der Völkerbund oder vielmehr einflussreiche Mitglieder des Bundes überhaupt gar nicht wünschen, daß die Konferenz positive Ergebnisse erzielt. Tschitscherin beruft sich auf „einen leitenden amerikanischen Diplomaten“, der erklärt habe, die Konferenz werde Vorschläge erörtern, über die niemand eine Einigung erhoffe und erwarte, und die geradezu in der Absicht formuliert seien, um die ganze Konferenz fehlschlagen zu lassen. Die Note erklärt weiter, die Sowjetregierung wünsche nichts sehnlicher, als eine effektive Abrüstung, jedoch habe die Wahl Genfs sie überzeugt, daß der Völkerbund es nicht aufrichtig meine.

Waffenstillstand in Marokko.

Abd el Krim soll in den Schatten gestellt werden.

Tanger, 14. April. Neuter berichtet aus zuverlässiger Quelle, daß angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen mit den französischen und spanischen Vertretern in Ujda Abd-el-Krim alle seine Untergebenen angewiesen habe, die Feindseligkeiten von seinen Truppen einzustellen und daß er zuversichtlich erwarte, daß am 18. April Waffenstillstand auf allen Teilen der französischen und spanischen Front herrschen werde.

Paris, 13. April. Einem Vertreter des „Temps“ gegenüber erklärte General Simon, der an der Spitze

der französischen Friedensdelegation steht, u. a.: Abd el Krim ist nicht der einzige Führer. Wir werden mit den Vertretern aller Stämme, die zu uns gekommen sind, verhandeln. Es handelt sich nicht um Verhandlungen im Namen Spaniens und Frankreichs, sondern um Verhandlungen im Namen der Scherifischen Regierung, deren Vertreter sich an Ort und Stelle anschließen werden. Der Maghzen allein ist berechtigt, die Unterwerfung entgegenzunehmen. Durch die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens werde der Wisaufstand viel eher erstickt werden als durch irgend eine andere Maßnahme.

Dr. Wieth in Leningrad.

Moskau, 14. April. Der frühere Reichskanzler Dr. Wieth ist heute in seiner Eigenschaft als Ausschichtsvorsitzender der Deutschen Woiwoga Holzindustrie A. G. in Leningrad eingetroffen, um Verhandlungen über eine Erweiterung der deutschen Waldkonzession einzuleiten.

Erweiterung der Emission der Kommunal-Kommunalguldendarlehen.

Berlin, 14. April. In der Seehandlung als Führer des Uebernahmefortums über die Sprozentige Deutsche Kommunalanleihe wurde gestern eine Konferenz abgehalten, in der die Absicht zum Ausdruck kam, angesichts des großen Zeichnungserfolges der aufgelegten 40 Millionen auch noch die restliche Transche von 20 Millionen in den nächsten Tagen aufzulegen und zwar zu einem um 1/2 Prozent erhöhten Zeichnungskurs.

Der Exkronprinz in Genf.

Genf, 13. April. Einige hiesige Morgenblätter verbreiten die Meldung, daß der frühere deutsche Kronprinz sich zwei Tage in Genf in strengstem Intognito aufgehalten habe.

Politische Zusammenstöße in Illinois.

Herrin (Illinois), 14. April. Bei den örtlichen Wahlen kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Ku-Klux-Klan und dessen Gegnern. Nach Anfuhr von Truppen wurden drei Mitglieder des Ku-Klux-Klan, darunter der frühere Polizeichef, von einigen nichtermittelten Männern erschossen, die in Autos aufkamen.

Eine panislamitische Konferenz in Kairo.

Paris, 13. April. Die „Reuport Herald“ aus Kairo berichtet, hat der Leiter der Universität in Kairo für den 13. Mai eine große panislamitische Konferenz einberufen, die über die Befestigung des Kalifats beraten soll. Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind u. a. Abd el Krim, der Sultan von Marokko, der König von Hedschas Ibn Saud und der Schah von Persien aufgefordert worden.

Der Verteidiger der Miff Gibson.

Rom, 13. April. Die Familie der Miff Gibson, die den Anschlag auf Mussolini verübte, hat den Professor Carlos Barri mit der Verteidigung beauftragt.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Paris.

Paris, 13. April. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete Freiherr Langwerth von Simmern ist heute vormittag in Paris eingetroffen, um mit dem deutschen Botschafter von Hoersch besprechend das Besatzungsregime betreffende Fragen zu besprechen. Der Reichskommissar hat sich nur einige Stunden in Paris aufgehalten und bereits am späten Nachmittag die Rückreise nach Koblenz angetreten.

Deutschland und die Genfer Studienkommission zur Klärung der Ratsfrage.

Berlin, 13. April. Die Erkundigungen der deutschen Missionsschefs in Paris, London, Rom und andern Hauptstädten haben soweit befriedigt, daß die einmütige Auffassung des Reichskabinetts zur Mitwirkung der Weiterberatung feststeht. Wie das „Berliner Tagebl.“ erfahren haben will, dürfte in den nächsten Tagen die Ablehnung der deutschen Antwort auf die Einladung des Völkerbundssekretariats zu erwarten sein. Nach der Rückkehr des Außenministers Stresemann sollen dann die Vorbesprechungen mit den übrigen Regierungen fortgeführt und die Ernennung des deutschen Vertreters vollzogen werden. Das Blatt hält die Ernennung von Ministerialdirektor Gauß für wahrscheinlich.

Die Schweiz für Deutschlands Ratsfrage.

Berlin, 14. April. Im schweizerischen Ständerat erklärte gestern nach Meldungen mehrerer Blätter aus Bern Bundesrat Rotta, daß die Schweizer Delegierten für die Herbsttagung des Völkerbundes im September den Auftrag erhalten werden, für die Aufnahme Deutschlands und die Bewilligung eines ständigen Ratsplatzes an Deutschland einzutreten, aber gegen die Schaffung neuer Ratsplätze zu stimmen.

Galtlose Angriffe gegen die Reichsbahndirektion in Frankfurt a. O.

Berlin, 13. April. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Eine Reihe kommunistischer Blätter hat im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten in Frankfurt a. O. gegen den Präsidenten der dortigen Reichsbahndirektion Behauptungen erhoben, in denen der Vorwurf des Betrugs enthalten ist. Diese Behauptungen sind bereits vor einiger Zeit Gegenstand einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. gewesen, die deren vollständige Galtlosigkeit einwandfrei ergeben hat.

Frankreichs Schulden.

Kündigung des Abkommens mit England. Washington (Schweiz)

London, 13. April. Der französische Finanzminister Peret gemahnte dem Pariser Vertreter der „Financial Times“ eine Unterredung über die Frage der französischen Schulden an England. Das Finanzblatt zieht aus dieser Unterredung den Schluß, daß Peret eine Kündigung des im August vorigen Jahres zwischen Caillaux und Churchill vereinbarten Abkommens erstrebt. Es bezeichnet in einem Leitartikel solche Bestrebungen als nicht ausföhrlich und zeigt sich beunruhigt über den erneuten Versuch, die Trennung der französischen Zahlungen von den Reparationsverpflichtungen umzustößen, die eine Grundbedingung der mit Caillaux vereinbarten Regelung gewesen sei.

Der Berichterstatter der „Financial Times“ teilt mit, Peret werde voraussichtlich am 17. April in London eintreffen. Der Zweck seiner Reise sei nicht, sofort mit Verhandlungen über die Schuldregelung zu beginnen, sondern Churchill persönlich zu versichern, daß die französische Regierung entgegen den Meldungen der französischen und englischen Presse nicht beabsichtige, die Verhandlungen von dem Ausgang der Schuldverhandlungen mit Amerika abhängig zu machen. Wenn jedoch Briand und Peret keine leichteren Bedingungen erhalten könnten als Caillaux, so bestesse wenig oder keine Aussicht, daß das französische Parlament irgend eine Schuldvereinbarung ratifiziere. Die drei Punkte, die geregelt werden müßten, seien: Die Frage des Moratoriums während der ersten fünf Jahre, die Frage des Währungsansatzes (nach Ansicht des französischen Finanzministeriums ein „unabwendbares Hindernis“) sowie die sogenannte Garantieklausel betreffend die Abhängigkeit der französischen Zahlungen an England von den deutschen Zahlungen an Frankreich auf Grund des Dawesplanes. Peret erklärte dem Berichterstatter, wenn England nicht dieser Garantieklausel in der einen oder anderen Gestalt zustimme, werde keine französische Regierung irgend eine Schuldregelung ratifizieren. Das Fehlen einer Bestimmung in der Art der Garantieklausel in einem interalliierten Schuldenabkommen würde seine Stellung als Finanzminister fast unhaltbar machen. Frankreich sei durchaus bereit, die gesamten Zahlungen, die es von Deutschland auf Grund des Dawesplanes erhalte, als einen besonderen Fonds zur Begleichung der interalliierten Schuldennuitäten beiseite zu stellen. Peret erklärte außerdem, er könne nirgends finden, daß Frankreich sich endgültig zu einer Jahreszahlung von 12 1/2 Millionen Pfund an England bereit erklärt habe. Die Franzosen hofften, eine niedrigere Summe als Maximum der zu leistenden Jahreszahlungen durchzusetzen.

Der Berichterstatter der „Financial Times“ übermittelt zum Schluß seiner Meldung den Eindruck, daß die Aussichten für eine baldige Regelung der französischen Schuld an England auf der Grundlage der jetzt-jährigen Verhandlungen nicht sehr günstig seien.

Habas berichtet aus Washington, Schatzsekretär Mellon lehne es ab, sich zu den aus Paris kommenden Meldungen in der Frage der Schuldregelung zu äußern. Er habe die Hoffnung ausgesprochen, daß das italienisch-amerikanische Schuldenregelungsabkommen am Ende der Woche ratifiziert werde.

Starke Opposition im amerikanischen Senat gegen das Schuldenabkommen mit Italien.

London, 14. April. Neuter berichtet aus Washington, daß der Versuch der amerikanischen Regierung, die Annahme der Vorlage betreffend die italienische Schuldregelung herbeizuföhren, gestern im Senat einen Rebesturm erzeugte, in dem die Person Mussolini das Sturmgentrum bildete. Man glaube, daß die Demokraten versuchen werden, Kapital für die nächsten Herbst stattfindenden Wahlen aus dem von ihnen als „ungerechtfertigt“ bezeichneten Entgegengangenen gegenüber Italien zu schlagen.

Das deutsch-französische Zusatzabkommen zum Handelsabkommen.

Berlin, 13. April. Mit der französischen Regierung ist, wie bereits gemeldet, am 8. April 1926 ein Zusatzabkommen zu dem Handelsabkommen vom 12. Februar 1926 geschlossen worden, durch das u. a. unter den gleichen Bedingungen wie früher ein neues Kontingent von 27 000 Doppelzentnern für frische Küchengewächse der Tarifnummer 33 — jedoch mit Ausnahme von Bismontoff, Baiskohl, Rostkohl, Wirsingkohl und

Frau
unser
als sehr
Oelkur
bracht,
er, noch
genie-
hatten
Appetit
Magen-
Stunden
— Eine
Monaten
ne Frau
und hat
erschel-
serven,
h. ihnen
— (aus
den.)
10/50
PS,
tie, 6-10
000.— 11
angeblat.
skauf:
modernen
polstert,
stelle mit
Sofatisch,
che, versch
verlaufen.
hmidt,
e 6.
immer
m b. Stahl
geschult.
22 Tagebl.
ague
lima Arbeit
Berland
Walter
Mittwoch, 13.
ue
en und
hat sich
anna.